

10845/AB**Bundesministerium vom 19.07.2022 zu 11083/J (XXVII. GP)****bml.gv.at**

Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Mag. Norbert Totschnig, MScBundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Herrn

Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.378.027

Ihr Zeichen: BKA - PDion

(PDion)11083/J-NR/2022

Wien, 19. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 19.05.2022 unter der Nr. **11083/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Nein zur Massenüberwachung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

- Inwiefern setzen Sie sich auf europäischer Ebene gegen den vorgeschlagenen Entwurf für die EU-Verordnung zur Chatkontrolle und das damit einhergehende Risiko der Massenüberwachung ein?
- Inwiefern werden Sie sicherstellen, dass es zu keiner flächendeckenden automatisierten, präventiven Analyse privater Kommunikation durch Messenger- und Email-Provider kommt?
- Inwiefern setzen Sie sich für grundrechtskonforme Verbesserungen des Entwurfs zur EU-Verordnung zur Chatkontrolle generell ein?
- Inwiefern setzen Sie sich für den Schutz des durch den vorgeschlagenen Entwurfs für die EU-Verordnung zur Chatkontrolle gefährdeten Recht auf Privat- und Familienleben und das Recht auf Datenschutz ein?

- Welches Ressort wird in Österreich für die Umsetzung der unionsrechtliche Vorgaben zuständig sein?
- Trifft sich Ihr Ressort zu dem Thema mit Stakeholdern?
 - a. Wenn ja, mit welchen genau?
 - b. Steht Ihr Ressort im Austausch mit Menschenrechtsorganisationen?
 - c. Steht Ihr Ressort im Austausch mit Datenschutzexpert_innen?
 - d. Steht Ihr Ressort im Austausch mit Unternehmen, die Überwachungstechnologien anbieten?
 - e. Steht Ihr Ressort im Austausch mit Messenger- und Email-Providern, die von der EU-Verordnung betroffen wären?
- Wie bereitet sich Ihr Ressort auf die auf die geplante EU-Verordnung vor?

Die Prüfung und die Behandlung des angesprochenen Verordnungsvorschlags der Europäischen Kommission läuft derzeit in der Ratsarbeitsgruppe Strafverfolgung. Die federführende Zuständigkeit liegt beim Bundesministerium für Inneres, das sowohl die innerstaatliche Koordinierung als auch die Vertretung in den Ratsgremien wahrnimmt.

Österreich setzt sich dafür ein, dass der Verordnungsvorschlag verhältnismäßige Maßnahmen und starke Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Grund- und Freiheitsrechte sämtlicher Betroffenen enthält. Der Schutz personenbezogener Daten ist wesentlich.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 11057/J vom 19. Mai 2022 durch den Bundesminister für Inneres sowie auf jene zur parlamentarischen Anfrage Nr. 11058/J vom 19. Mai 2022 durch die Bundesministerin für Justiz verwiesen.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

